

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Kilian Stark (GRÜNE), Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE) und Georg Prack, BA (GRÜNE) zu Post Nr. 27 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 20.03.2024.

Weniger Beton und Verkehr für das Stadterweiterungsgebiet Nordwestbahnhof

Das Stadtentwicklungsgebiet Nordwestbahnhof ist eines der größten Wiens. Bis 2035 werden hier rund 6.500 Wohnungen für 16.000 Menschen und fast 5.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Viele Innovationen, die wir Grünen eingebracht haben, werden hier umgesetzt. Umso bedauerlicher ist es, dass hier auf Beton und Garagen gesetzt wird und damit leistbarer Wohnraum und klimagerechte Stadtplanung verhindert werden.

Stadtplanung in der Klimakrise bedarf fortlaufender Anpassung an aktuelle und zukünftige Herausforderungen im Klimaschutz. Eine Nachschärfung des Projektes ist alternativlos, wenn die Stadtregierung die eigenen Klimaziele ernst nimmt. Darum kämpft auch gerade die Bürger:innen-Initiative Nordwestbahnhof vor Gericht für weniger Beton und Verkehr und mehr Grün am Nordwestbahnanal. Nach zwei Jahren rechtlicher Auseinandersetzung ging nun eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof gegen den Umweltverträglichkeitsprüfungs-Bescheid für das Bauvorhaben. Aktuell würden sich die Straßen in den Park des Stadtteils hineinfressen. Stattdessen soll umgekehrt der Park aus dem neuen Stadtteil hinaus in die Umgebung wachsen.

Durch die unüblich hohen Auflagen zum Garagenbau drohen die Baukosten derart in die Höhe zu schießen, dass Qualität und günstiger Wohnraum reduziert werden, ein Verkehrsmagnet für die Zukunft geschaffen wird und Grünflächen versiegelt werden müssen. Während bei vielen Stadtentwicklungsgebieten die Vorschriften zum Garagenbau reduziert werden, droht die Stadtregierung am Nordwestbahnhof die gemeinnützigen Wohnbauträger mit sinnlosen und teuren Auflagen zu belasten. Das bedeutet nicht nur, dass Grünflächen unterbaut und damit versiegelt werden müssen, sondern schränkt auch den dringend benötigten günstigen Wohnraum in Wien ein.

Dieses Vorgehen der Stadtregierung ist in Zeiten der Teuerung, der Klimakrise, der laufenden Verknappung am Wohnungsmarkt sowie des dringend benötigten Angebots an sozialem Wohnbau in Wien fatal. Die Verantwortlichen der Stadt ignorieren damit die zentralen Herausforderungen unserer Zeit – Teuerungswelle, Wohnungsknappheit und Klimakrise – und planen an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

Mit Blick auf die Investitionskosten, die durch die Errichtung von Grünflächen oder Bildungsangeboten im Projektentwicklungsgebiet entstehen, könnte den Entwickler:innen entgegengekommen werden, indem die ohnehin überbordende Anzahl an Garagenplätzen reduziert wird. Denn nach jetzt geplanter Stellplatzregelung (Garagengesetz) müssen fast 2.500 Parkplätze unterirdisch errichtet werden – das ist in einem gut erschlossenen, innerstädtischen Stadtgebiet gleichermaßen sinnwidrig wie vorgestrig.

Da der Garagenbau auch mit immensen Baukosten verbunden ist, würde eine moderate Reduktion eine erhebliche Ersparnis im Gesamtvolumen des Bauvorhabens bringen. Rund 50 Millionen Euro könnten so eingespart werden. Die unnötig hohe Anzahl an Garagen verteuert in letzter Konsequenz damit das Wohnen für die Wiener:innen.

Auch der Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung fordert in seiner Stellungnahme zum Flächenwidmungsplan: „Es wird dringend empfohlen, die Anzahl der Pkw-Stellplätze zu reduzieren und ein Stellplatzregulativ nach dem Stand der Technik – im Sinne einer klimaneutralen Stadt – festzusetzen.“ Und weiter: "Diese Vereinbarung führt jedoch zu 40 % freifinanziertem Wohnbau, der im Hinblick auf die aktuelle Marktlage und die soziale Leistbarkeit keinen überragenden Beitrag zur Wohnraumversorgung von Wien darstellt. Es wird daher empfohlen diesbezüglich – zumindest für die weiteren Baufelder (noch ohne Bebauungsplan) – zeitgemäßere, marktkonformere und sozialere Regelungen anzustreben.“

Wird der Garagenbau wie geplant umgesetzt, werden Unmengen an Beton verbaut und Boden unterirdisch versiegelt. Fast ein Drittel des gesamten Bauvolumens würde damit unterirdisch entstehen.

In anderen Stadtentwicklungsgebieten wie etwa Rothneusiedl wurde die vorgeschriebene Quote für Parkplätze auf 30% reduziert (das bedeutet: pro 100m² Wohnfläche müssen nur 0,3 Parkplätze errichtet werden). In den Widmungsplänen des Nordwestbahnhofs ist hingegen keine Reduktion vorgesehen. Das ist für das modernste Stadterweiterungsgebiet Wiens und die letzte innerstädtische Potentialfläche völlig aus der Zeit gefallen. Das geht auf Kosten von günstigem Wohnraum.

Günstige Wohnungen sind wichtiger als leere Garagen. Das muss auch für die Planung des Nordwestbahnhofs gelten.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Gemeinderat der Stadt Wien ersucht die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität, die Verpflichtung zum Bau von neuen Garagen im Stadterweiterungsgebiet Nordwestbahnhof drastisch zu reduzieren, damit die so eingesparten Mittel in Qualität und Leistbarkeit des Wohnraums fließen können und weniger Verkehr im 20. Bezirk entsteht.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 20.3.2024

